DE

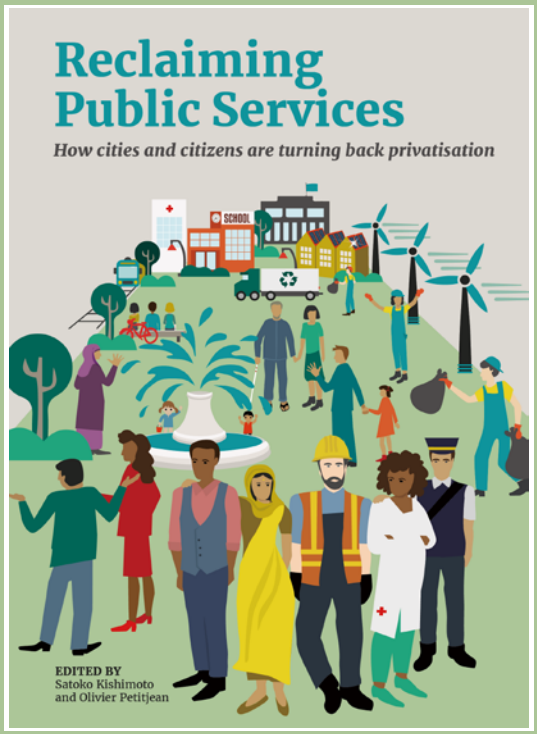
Medien-Briefing – Juni 2017

Rekommunalisierung

Städte und BürgerInnen nehmen die öffentlichen Dienste wieder in die eigene Hand

Warum gehen heute Städte und Gemeinden in aller Welt den Weg, privaten Unternehmen die Erbringung grundlegender Dienste wieder zu entziehen, um sie in die öffentliche Hand zurückzugeben? Die Motivationen hinter Rekommunalisierungsinitiativen sind vielfältig: das Ziel, Übervorteilung und Rechtsverletzungen gegenüber ArbeitnehmerInnen durch den Privatsektor ein Ende zu setzen; das Bestreben, die Kontrolle über die kommunale Wirtschaft und die vorhandenen Ressourcen zurückzuerlangen; der Wunsch, die betreffenden Dienste bezahlbar für die Menschen zu machen; oder auch die Absicht, ambitionierte Strategien im Hinblick auf die Energiewende und/oder den Umweltschutz einzuführen und umzusetzen.

Mehr als 1.600 Städte in 45 Ländern weltweit haben allein in den letzten Jahren mindestens 835 Beispiele für die (Re-)Kommunalisierung[1] öffentlicher Dienste geliefert. Dieser generelle Trend vollzieht sich in kleinen Ortschaften ebenso wie in Hauptstädten überall auf der Welt, wobei im Einzelnen unterschiedliche Modelle der öffentlichen Trägerschaft mit verschiedenen Ebenen der Einbindung von BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen verfolgt werden. Doch selbst bei aller Diversität im Detail zeichnet sich im Ganzen ein stimmiges Bild ab: Es ist möglich, effektive, demokratische und bezahlbare öffentliche Dienste aus privater Hand zurückzuholen bzw. aufzubauen. Stetig sinkende Servicequalität und stetig steigende Preise sind nicht unumgänglich. Immer mehr Städte und Gemeinden schließen das Kapitel „Privatisierung" und führen wesentliche Dienste wieder zurück in die öffentliche Hand.



https://www.tni.org/en/publication/reclaiming-public-services

Laden Sie das gesamte Buch auf Englisch herunter (237 Seiten)

tni transnationalinstitute

EPSU EUROPEAN PUBLIC SERVICE UNION

10 Erfolgsgeschichten zum Stichwort (Re-)Kommunalisierung

1 Oslo, Norwegen

Von Rechtsverletzungen gegenüber ArbeitnehmerInnen zu besseren Jobs mit Sozialleistungen für ArbeitnehmerInnen der Müllabfuhr

Vor wenigen Monaten, Anfang des Jahres 2017, machte die Gemeinde Oslo die Müllabfuhr wieder zur Sache der öffentlichen Hand – nach 20 Jahren der Auftragsvergabe im Wege der offenen Ausschreibung. Veireno, der private Dienstleister, der den Zuschlag zuletzt erhalten hatte, wurde zum Sinnbild für ein Verfahren, das in die falsche Richtung lief. Im Zeitraum von Oktober 2016 – als Veireno die Ausschreibung für die Müllabfuhr der Hauptstadt gewann – bis Februar 2017 erhielt die Gemeinde Zehntausende Beschwerden von BürgerInnen, deren Müll nicht entsorgt worden war. Die norwegische Arbeitsaufsichtsbehörde stellte daraufhin Untersuchungen in diesem Unternehmen an und deckte auf, dass einige MitarbeiterInnen bis zu 90 Stunden pro Woche arbeiteten. Veirenos billige Entsorgungsdienstleistungen gingen klar auf Kosten der Arbeitsbedingungen. Am 1. Januar schließlich meldete das Unternehmen Insolvenz an und befreite sich somit von all seinen Verpflichtungen, einschließlich der Bezahlung seiner Arbeitskräfte. Im Februar 2017, rekommunalisierte die Stadt Oslo die Müllabfuhr: Man übernahm die Vermögenswerte von Veireno sowie die 170 ehemaligen MitarbeiterInnen des Unternehmens. Die Übernahme dürfte sich aller Erwartung nach als kostspielig erweisen, da einige TeilzeitmitarbeiterInnen des Privatunternehmens für die Gemeinde nun in Vollzeit arbeiten werden – mit entsprechenden Gehalts- und Rentenansprüchen.

2 Delhi, Indien

Öffentliches Gesundheitswesen – der effektivste Weg zu grundlegender Gesundheitsfürsorge für alle

Im Jahr 2015 machte sich die Regierung der neu gewählten Aam Aadmi Partei (AAP, der „Partei des kleinen Mannes") daran, eines ihrer zentralen Wahlversprechen – bezahlbare medizinische Grundversorgung – einzulösen und, verteilt über ganz Delhi, 1.000 Mohalla-Kliniken (Gemeindekliniken) einzurichten. Einige Monate zuvor hatte die Regierung versprochen, für die geplanten 1.000 Kliniken insgesamt 2,09 Milliarden Rupien (USD 31,4 Mio.) bereitzustellen. Per Februar 2017 waren etwa 110 Klinken in einigen der ärmsten Gegenden Delhis betriebsbereit. Die Kliniken wurden für je rund 2 Millionen Rupien (USD 30.000) von der Abteilung für öffentliche Bauvorhaben errichtet. Dank ihrer geringen Größe und des Einsatzes vorgefertigter Kabinen, die sich ohne größere Umstände praktisch überall aufstellen lassen, sind diese Klinken wesentlich günstiger als beispielsweise staatliche Arzneiausgabestellen (je rund USD 450.000). Jede Klinik ist mit einem(r) ÄrztIn, einem(r) PflegerIn, einem(r) ApothekerIn und einem(r) LabortechnikerIn ausgestattet. Untersuchung, Arzneimittel und Labortests sind für die PatientInnen vollkommen kostenlos, ungeachtet seiner wirtschaftlichen Situation. Da die Kliniken in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 eingerichtet wurden, geht die

Regierung davon aus, dass bisher mehr als 2,6 Millionen der ärmsten EinwohnerInnen Delhis von kostenloser medizinischer Versorgung profitiert haben. Zuvor hatten die sozial schwächsten BürgerInnen der Stadt keine andere Wahl gehabt, als bei teuren Privatkliniken oder gar Quacksalbern Hilfe zu suchen. Der Erfolg dieser ersten Kliniken bringt die AAP-Regierung der Erfüllung ihres Versprechens einer kostenlosen medizinischen Grundversorgung für alle BürgerInnen Delhis näher.

3 Grenoble, Briançon, Nizza

Rekommunalisierungshochburg in den französischen Alpen

Grenoble ist eine der Städte, die sich zur Rekommunalisierung und Entwicklung demokratischer und zugleich nachhaltiger lokaler öffentlicher Dienste verpflichtet haben. Die Stadt hat sich Anfang der 2000er Jahre – mit der Aufkündigung eines korrupten Vertrags mit dem multinationalen Wasserversorger Suez – als Vorkämpfer im Bereich der Wasser-Rekommunalisierung bewiesen. Stattdessen richtete Grenoble die neue Stelle des öffentlichen Wasserbetreibers ein, der qualitativ besseres Wasser zu geringeren Kosten bereitstellt, während die BürgerInnen der Stadt in den Betrieb dieses Dienstes einbezogen sind. Nun strebt die Stadt an, ihre komplette örtliche Energieversorgung – einschließlich Fernwärme und Straßenbeleuchtung – zu rekommunalisieren, um Energiearmut zu bekämpfen und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Dies erfordert den Rückkauf der Anteile, die das multinationale Energieunternehmen Engie am lokalen Energieversorger hält – was auch komplexe arbeitsrechtliche Fragen mit sich bringt. Darüber hinaus hat sich die Stadt das ambitionierte Ziel gesetzt, Schulkantinen zu 100 % mit vor Ort angebauten Bio-Lebensmitteln zu versorgen.Die Entwicklung all dieser Strategien steht im Kontext mit der drastischen Verknappung finanzieller Ressourcen infolge der durch die französische Regierung eingeführten Sparmaßnahmen. Auch andere Städte in Frankreich und insbesondere der Alpenregion arbeiten an der Entwicklung lokaler öffentlicher Dienste und Rekommunalisierungsprojekten in diversen Sektoren. Briançon, beispielsweise, hat seine Wasserversorgung sowie die Müllabfuhr wieder in die öffentliche Hand genommen und visiert nun das Ziel „Zero Waste" an. Gleichzeitig entwickelt die Stadt einen lokalen öffentlichen Energiesektor. Das Ballungsgebiet um Nizza indes, an den südlichen Ausläufern der französischen Alpen gelegen, hat (obgleich unter konservativer Verwaltung) die Wasser- und Sanitärversorgung, den öffentlichen Verkehr, den Betrieb der Schulkantinen sowie die Ausrichtung eines Kulturfestivals und eines Marktes rekommunalisiert.

4 Hamburg, Deutschland

Neues lokales Energieunternehmen bringt Stromnetz zurück

Um die Jahrtausendwende hat die Stadt Hamburg ihre Anteile an den Strom-, Fernwärme- und Gasversorgern der Hansestadt an private Investoren verkauft. Im Jahr 2009 wurde unter konservativ-grüner Regierung das neue öffentliche Energieversorgungsunternehmen „Hamburg Energie" gegründet – mit dem Ziel, Einrichtungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien aufzubauen und den erzeugten Strom zu verkaufen. Dieses neue Versorgungsunternehmen erwies sich mit Blick auf

die Erhöhung des Gesamtanteils erneuerbarer Energien als ausgesprochen effizient. Bis Ende 2015 wurden Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 13 MW installiert; zudem hat man – unter Einbindung der BürgerInnen sowie der lokalen Wirtschaft – ein 10MW-Solarenergieprogramm realisiert. Dieses neue Versorgungsunternehmen konnte mehr als 100.000 KundInnen gewinnen, die sich für erneuerbare und vor Ort generierte Energie entschieden haben. Da sich die sozialdemokratische Regierung, die 2011 gewählt worden war, nicht gewillt zeigte, die Rekommunalisierung der Versorgungsnetze auf die Agenda zu setzen, als das Auslaufen der entsprechenden Konzessionen bevorstand, formierte sich ein breites Bündnis, um die Regierung in diese Richtung zu drängen. Man organisierte ein Referendum, um die Regierung rechtlich bindend zu verpflichten, die Energienetze (Strom, Fernwärme und Gas) in die öffentliche Hand zurückzuholen und ein sozialen und ökologischen Ansprüchen genügendes Versorgungsunternehmen zu gründen. Das Hamburger Referendum war 2013 schließlich mit knapper Mehrheit erfolgreich. Im Jahr 2015 wurde das Stromnetz zurückgekauft und die Rekommunalisierung des Gasnetzes soll 2018/19 umgesetzt werden. Entgegen der Befürchtungen der Gewerkschaften haben sich die Arbeits- und Zahlungsbedingungen nicht verschlechtert, während zudem neue Jobs geschaffen wurden.

5 Argentinien

Staatlicher Postdienst den privaten überlegen – in Qualität, Gebietsabdeckung und Preis

Argentiniens Postdienst Correo Argentino (CORASA) war der erste öffentliche Dienst, der unter der Administration von Präsident Kirchner entprivatisiert wurde. Die Privatisierung von CORASA erfolgte 1997; das argentinische Investmentunternehmen Grupo Macri erlangte daraufhin die Kontrolle über den Sektor und erhielt eine Dienstleisterkonzession über 30 Jahre. Der Vertrag verpflichtete Grupo Macri zur halbjährlichen Zahlung einer Betreibergebühr an den Staat sowie zur Weiterführung der Beschäftigung der aktuellen Belegschaft. Im Gegenzug dafür würde der Staat dem Unternehmen auch weiterhin regionale Subventionen dafür zahlen, den Service – trotz Verlusten – auch in entlegenen Gebieten des Landes sicherstellen zu müssen. Doch bereits zwei Jahre nach Unterzeichnung des Konzessionsvertrags im Jahre 1999 stellte die Macri Gruppe die Zahlung der staatlichen Gebühren ein. Während des Konzessionszeitraums blieb die Servicequalität schlecht, ländliche Gegenden wurden nur dürftig bedient, die Preise indes mehrfach angehoben. Nach sechs Jahren hob die Regierung die Konzession für Grupo Macri auf und verstaatlichte den Postdienst wieder. Obwohl der Postdienst während der privatisierten Jahre massive Verluste einfuhr, war die Kirchner-Administration in der Lage, die Dienstleistungserbringung allgemein zu verbessern und auch in den ländlichen Gebieten, die die Macri Gruppe vernachlässigt hatte, wieder ordentlichen Service zu gewährleisten. Darüber hinaus senkte die Regierung die Kosten für den Postdienst und steigerte die operative Zuverlässigkeit.

6 Barcelona, Spanien

Reorganisation der öffentlichen Dienste im Interesse der Menschen

Seit das progressive Bündnis Barcelona en Comú in der katalanischen Hauptstadt an Einfluss gewinnen konnte, hat die Stadt ein umfassendes Rekommunalisierungsprogramm

in Bezug auf vormals privatisierte Dienste initiiert und begonnen, darüber hinaus neue öffentliche Dienste einzurichten. So hat Barcelona bereits die Anlaufstelle zur Verhinderung von Gender-Gewalt sowie drei Kindergärten wieder verstaatlicht und ein neues kommunales Bestattungsunternehmen gegründet. Jüngst wurde zudem (auf Basis eines bestehenden kommunalen Unternehmens) ein neuer Stromversorger geschaffen, der Strom zu bezahlbaren und transparenten Preisen liefern wird – im Gegensatz zu den AnbieterInnen der Privatwirtschaft, die ihren KundInnen permanent steigende Preise aufbürden. Besonders bemerkenswert: Nach einem Vorstoß des Stadtrats im Dezember 2016, hat sich Barcelona nun die Kommunalisierung seiner Wasserversorgung zum Ziel gesetzt. Dies bedeutet die Ausschaltung des Privatunternehmens Agbar (Aguas de Barcelona, eines Tochterunternehmens von Suez), das bereits seit dem 18. Jahrhundert für das Wasser der Stadt zuständig ist. Barcelona hat – zusammen mit anderen katalanischen Städten, die ihre Wasserversorgung ebenfalls (re-)kommunalisiert haben oder planen, dies zu tun – einen Wasserwirtschaftsverband ins Leben gerufen. Mit Unterstützung des französischen rekommunalisierten Betreibers Eau de Paris wird Barcelona die notwendigen Berichte für die Umstellung auf ein öffentliches Wassermanagement vorbereiten. Wie auch andere Städte in Katalonien und im übrigen Spanien realisiert Barcelona seine (Re-)Kommunalisierungsvorhaben trotz aktiven Widerstands der Zentralregierung sowie einer Reihe spanischer Gesetze, die Kommunalbehörden Sparmaßnahmen auferlegen.

7 Von Hamilton bis Port Hardy, Kanada

Interne Wasserversorgung vorteilhaft für Umwelt und Haushalt

1994 stimmte Hamilton (Ontario) einer ausschreibungsfreien 10-jährigen öffentlich-privaten Partnerschaft für den Betrieb und die Instandhaltung seiner Wasser- und Abwasseraufbereitungswerke zu. Probleme mit Abwasserleckagen hatten zu Konflikten zwischen dem privaten Betreiber und der Stadt geführt. Zur Zeit des Betriebs durch private Hand kam es zu Personalabbau und die Stadt sah sich mit Geldstrafen für Leckagen des Abwasserwerks konfrontiert, da der Wortlaut des Vertrags das Privatunternehmen schützte. Als 2003 das Ende des Vertrags in Sicht kam, begann Hamilton, das Ausschreibungsverfahren vorzubereiten, um einen anderen privaten Betreiber zu finden. Durch Mobilisierung innerhalb der Gemeinde jedoch konnte die neuerliche Vergabe – bei gleichzeitig überteuertem Angebot der RWE-Tochter American Water – erfolgreich verhindert werden. 2004 brach Hamilton das Ausschreibungsverfahren ab und begann, die Wasserversorgung wieder in die eigene Hand zu nehmen. Die Rekommunalisierung führte innerhalb kürzester Zeit zu signifikanten Einsparungen und höheren Umweltstandards für die Stadt. Kosteneinsparungen, höhere Qualität und Vertrauen in die Kompetenz der eigenen MitarbeiterInnen sind Aspekte, die sich in jüngerer Zeit ebenso bei anderen kanadischen Rekommunalisierungsprojekten im Bereich der Wasser- und Abwasserdienste finden. Zu weiteren Beispielen zählen die Städte Banff in Alberta sowie Sooke und Port Hardy in British Columbia. In Banff ergab eine Hochrechnung für den internen Betrieb voraussichtliche Einsparungen in Höhe von jährlich USD 350.000 (EUR 235.000).

In Sooke basierte die 2016 getroffene Entscheidung des Stadtrats, das Abwassersystem wieder unter kommunale Verwaltung zu stellen, auf einem Personalbericht, der zu dem Schluss kam, ein interner Betrieb würde für die Gemeinde jährliche Einsparungen in Höhe von rund USD 225.000 (EUR 150.000) bedeuten.

Mehr dazu: *Back in House* Bericht (2016)
http://www.civicgovernance.ca/back-in-house/

8 Nottingham, Leeds und Bristol, VK

Neue kommunale Energieunternehmen bündeln ihre Kräfte im Kampf gegen Energiearmut

2015 entschied der Stadtrat von Nottingham, ein neues Versorgungsunternehmen zu gründen, nachdem man festgestellt hatte, dass viele Familien mit geringem Einkommen kaum in der Lage waren, ihre Energierechnungen zu begleichen. Robin Hood Energy überzeugt mit günstigerem Service – weder zieht man den Großteil der Gewinne heraus, noch verwirrt man die KundInnen mit komplizierten Tarifpaketen. Das Unternehmen, das landesweit die niedrigsten Preise anbietet, arbeitet nach dem Motto: „Keine privaten Gesellschafter. Keine Manager-Boni. Einfach(e) transparente Preisgestaltung." Gleichzeitig hat Robin Hood Energy Partnerschaften mit anderen großen Städten geschlossen. 2016 gründete die Stadt Leeds das kommunale Unternehmen White Rose Energy, um einfache, nicht auf Gewinn ausgerichtete Tarife für die Regionen Yorkshire und Humberside zu fördern. 2017 haben sich Bradford und Doncaster der White Rose/Robin Hood-Partnerschaft angeschlossen. Ebenfalls bereits 2015 initiierte die südenglische Stadt Bristol – verbunden mit der Gründung ihr eigenen kommunalen Energieunternehmens Bristol Energy – nicht nur ein ambitioniertes Energieeffizienzprogramm für Privathaushalte sowie die eigenen Gebäude und Ländereien, sondern auch ein Investitionsprogramm im Hinblick auf erneuerbare Energien. Auch AktivistInnen von „Switched on London" drängen ihre Stadt zur Gründung eines nicht gewinnorientierten Energieunternehmens mit echter BürgerInnenbeteiligung. Bei aller Diversität der einzelnen Städte – ihre Beweggründe einen sie: Junge kommunale Unternehmen sind fähig, entscheidend zur Überwindung der Energiearmut beizutragen und im Rahmen der Realisierung einer gerechten Energiewende zugleich eine zentrale Rolle einzunehmen.

9 Vilnius, Litauen

Rekommunalisierung der zentralen Fernwärmeversorgung löst Schiedsgerichtsverfahren aus

Die Regierung von Litauen wurde 2016 durch den französischen Energieriesen Veolia verklagt, als sich die Stadt Litauen – zugunsten einer Rekommunalisierung der Fernwärmeversorgung – gegen die Erneuerung des 15-Jahres-Vertrags mit dessen Tochterunternehmen Vilniaus Energija entschied. Der multinationale Konzern nutzte das bilaterale Investitionsabkommen zwischen Frankreich und Litauen, um wegen einer angeblichen „Mobbing-Kampagne" und der „Enteignung" seiner Investitionen ein internationales Streitschlichtungsverfahren zwischen Investor und Staat (Investor-State Dispute Settlement, ISDS) anzustrengen. Darüber hinaus, so Veolia, sei ihre Tochterfirma gezwungen gewesen, eines ihrer Kraftwerke zu schließen, als die litauische Regierung auf Gas umgestiegen sei. Gemäß Untersuchungsergebnissen der litauischen Energieregulierungsbehörde war Vilniaus Energija

verantwortlich für die Manipulation der Heizölpreise und somit für die signifikante Erhöhung der Energiekosten für Privathaushalte, die dem Unternehmen im Zeitraum von 2012 bis 2014 einen rechtswidrig erzielten zusätzlichen Gewinn in Höhe von EUR 24,3 Millionen einbrachte. Infolge des zunehmenden öffentlichen Drucks, des Verdachts auf Betrug und des Mangels an finanzieller Transparenz weigerte sich die Stadt Vilnius schließlich, den Vertrag mit Vilniaus Energija zu erneuern, woraufhin Veolia Schadenersatzforderungen in Höhe von EUR 100 Millionen stellte. Dieser Angriff mittels eines Schiedsgerichtsverfahrens hätte Vilnius zwingen können, seine Entscheidung umzustoßen und den Vertrag weiterzuführen. 2017 jedoch realisierten die Kommunalbehörden ihre Pläne, die Fernwärmeversorgung zurück in die öffentliche Hand zu legen. Der ISDS Fall ist noch nicht abgeschlossen.

10 Von Kauai, Hawaii bis Boulder, USA

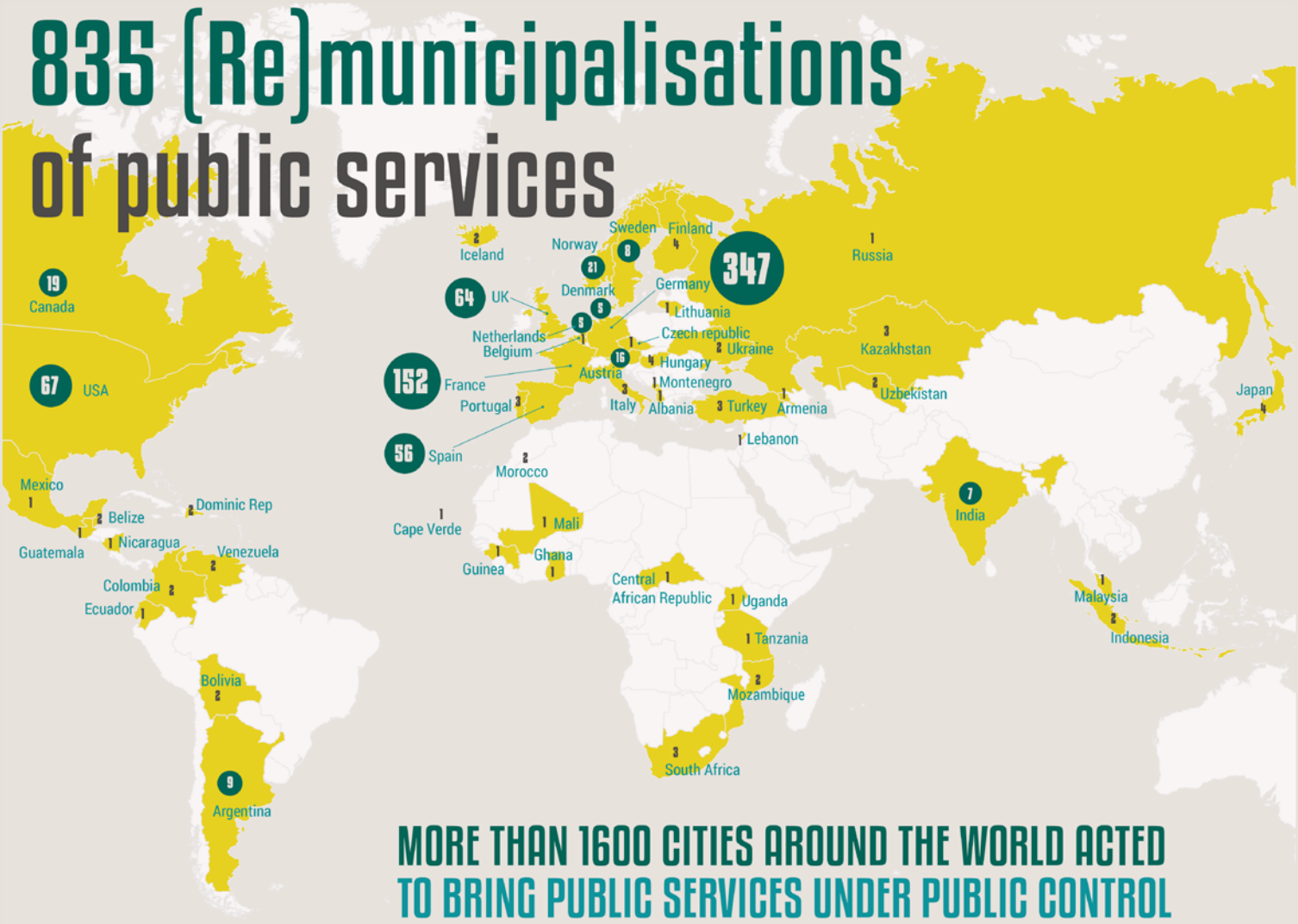
Entprivatisierung als gelebte Energiedemokratie

Durch die mit dem Import von Kohle, Gas und anderen Ressourcen verbundenen Kosten stand die hawaiianische Insel Kauai schon lange unter besonderem Druck, alternative Energiequellen zu finden. Im Jahr 2002 kaufte die Kauai Island Utility Cooperative (KIUC, Versorger-Kooperative der Insel Kauai) den Geschäftsbereich Energie eines privaten Energie & Telekom Unternehmens mit Sitz in Connecticut, das seine Energiesparte abstieß, um sich auf den Telekommunikationssektor zu konzentrieren. KIUC wurde somit Hawaiis erste Stromerzeugungs-, übertragungs- und -verteiler-Kooperative unter Leitung derjenigen, die sie versorgt. Dieser in lokaler Hand befindliche und demokratisch kontrollierte Versorger beliefert seine Mitglieder zuverlässig, günstig und mit dem Ziel, seinen Anteil an erneuerbaren Energien bis 2023 auf 50 % zu erhöhen – 2016 lag dieser bereits bei 38 %.
Auf dem Festland kämpft die Stadt Boulder bereits seit 2010 für Energiedemokratie. Unter dem Druck ihrer BürgerInnen versuchte die Stadt zunächst, ihren Privatversorger Xcel Energy dazu zu bewegen, einen radikalen Umschwung hin zu kohlenstoffarmer Energie zu vollziehen. Xcels mangelnde Bereitschaft jedoch, diesen Schritt mitzugehen, veranlasste Boulder 2014 schließlich zur Verabschiedung einer Verordnung zur Einrichtung eines kommunalen Stromversorgers. Trotz rechtlicher Herausforderungen und Desinformationskampagnen seitens Xcel arbeitet die Stadt weiter an der Umsetzung dieses Vorhabens, unterstützt von engagiert geführten BürgerInnenkampagnen. Untersuchungen zeigen, dass eine Energieversorgung aus lokaler Hand die Abhängigkeit von Kohle beenden, den Anteil erneuerbarer Energien verdoppeln und die Emissionsmenge halbieren kann. Städte überall in den USA demonstrieren, dass auch Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen weder sie noch ihre BürgerInnen daran hindern kann, auf diesem Weg weiterzugehen.

10 zentrale Erkenntnisse

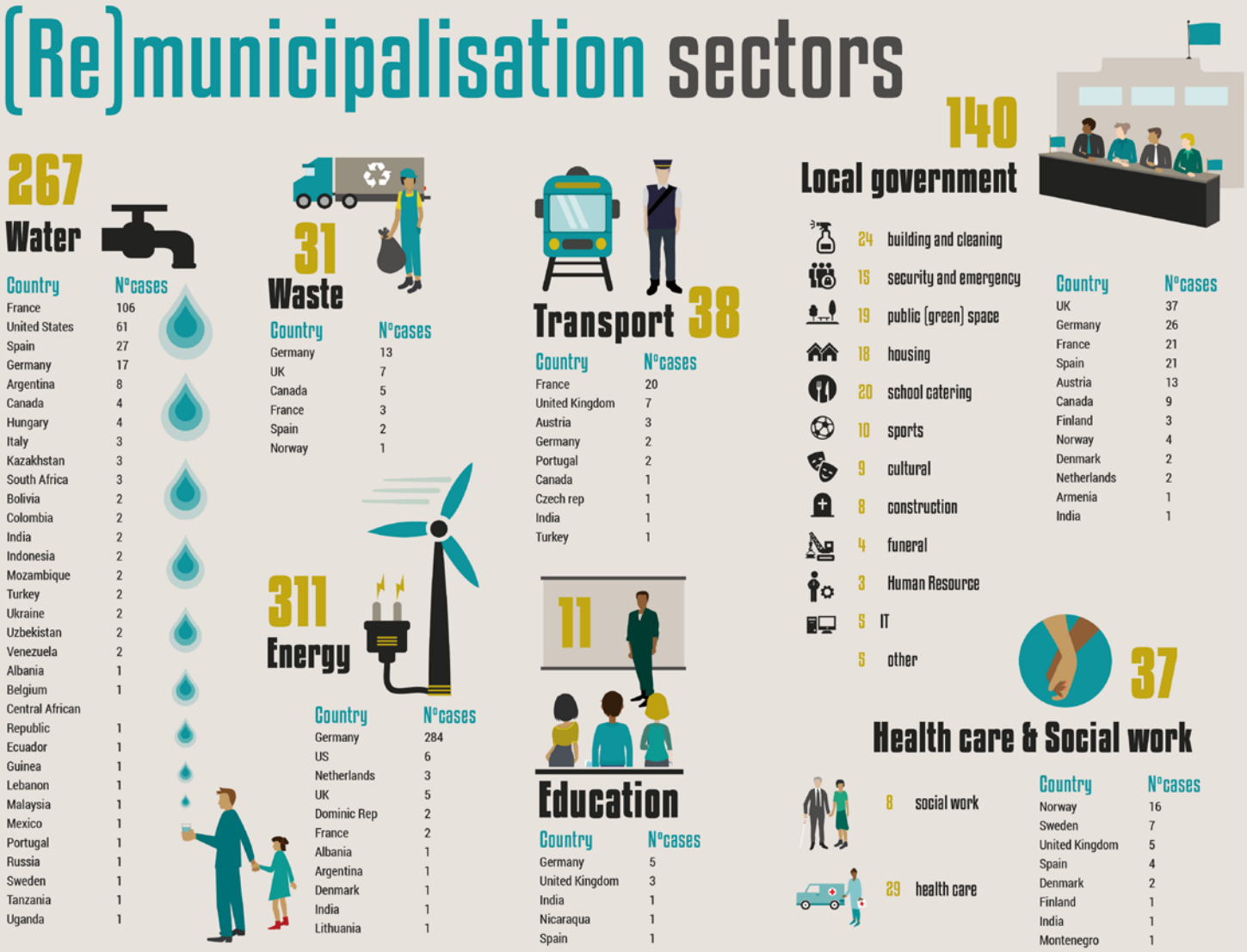
1 *Es gibt bessere Lösungen als immer mehr Privatisierung, immer strengere Sparpolitik und immer geringere Erwartungen*

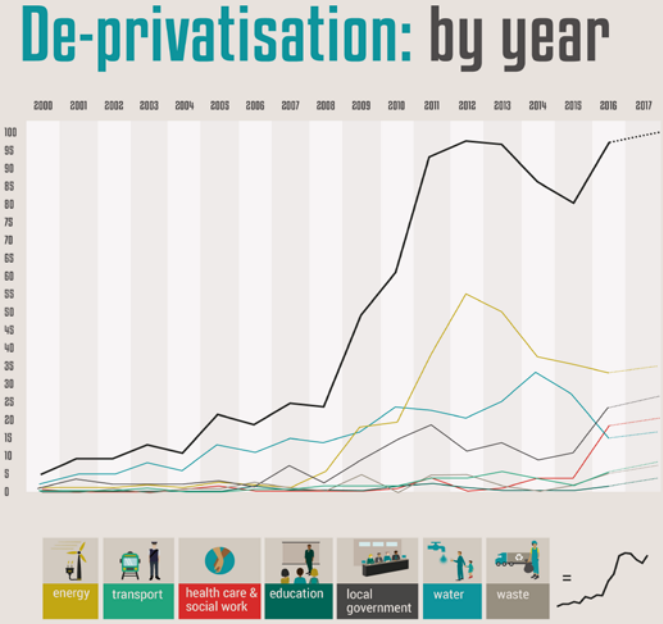
Tausende von PolitikerInnen, BeamtInnen, ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen arbeiten daran, effektive öffentliche Dienste in die öffentliche Hand zurückzugeben oder einzurichten. In den meisten Fällen geschieht dies auf lokaler Ebene. Unsere Untersuchungen zeigen: Mehr als 1.600 Städte in 45 Ländern weltweit haben allein in den letzten Jahren mindestens 835 Beispiele für die (Re-)Kommunalisierung öffentlicher Dienste geliefert. Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung, dass öffentliche Dienste zu kostenintensiv seien, beweisen Kommunalbehörden und BürgerInnengruppen, dass (Re-)Kommunalisierung die Grundbedürfnisse der Menschen ebenso berücksichtigt wie unsere gesellschaftlichen und umweltrelevanten Herausforderungen im weiteren Sinne.



2 *Rekommunalisierung ist ein Weg, der weitaus häufiger beschritten wird, als gemeinhin angenommen – und das erfolgreich*

Die Bereiche Energie (311 Fälle) und Wasser (267 Fälle) sind die Sektoren, die die Liste der (Re-)Kommunalisierungsbeispiele anführen. Rund 90 % der (Re-)Kommunalisierungen im Energiesektor wurden in Deutschland (284 Fälle) vollzogen – dem Land, das für seine ambitionierte Energiewende-Politik bekannt ist. Die meisten Beispiele für Rekommunalisierung im Bereich Wasser (106 Fälle) finden sich in Frankreich – dem Land mit der längsten Geschichte im Hinblick auf Wasser-Privatisierung und Sitz führender multinationaler Wasserversorgungskonzerne wie Suez und Veolia. Diverse kommunale Dienste wie Schwimmbäder, Schulverpflegung, die Pflege des öffentlichen Raums, sowie Wohn-, Reinigungs- und Sicherheitsdienste wurden unter anderem in Kanada, Spanien und dem Vereinigten Königreich wieder in die öffentliche Hand gelegt. Mehr als die Hälfte der Fälle in den Sektoren Gesundheit und Sozialarbeit sind in Norwegen und anderen skandinavischen Ländern angesiedelt.





Im Rahmen unserer Untersuchung wurden (Re-)Kommunalisierungsprojekte im Zeitraum 2000 bis 2017 erfasst. Dabei entfallen 137 Beispiele auf die erste Hälfte dieses Zeitraums (2000-2008), während 693 Fälle die zweite Hälfte (2009-2017) betreffen. Dies bedeutet, dass die Zahl der Fälle in der zweiten Hälfte unseres Untersuchungszeitraums auf das Fünffache angestiegen ist. Mit 97 Fällen war 2012 das Spitzenjahr und seither sind die Zahlen durchwegs auf hohem Niveau geblieben.

3 *Rekommunalisierung ist eine lokale Reaktion auf die Sparpolitik*

In Europa verläuft die Rekommunalisierung besonders dynamisch – hier finden sich Beispiele in allen Ländern und Sektoren. So konnten beispielsweise in Deutschland 347 Fälle gezählt werden, 152 Fälle in Frankreich, 64 im Vereinigten Königreich und 56 in Spanien. Die Rekommunalisierungsbewegung in Europa kann als Antwort auf die Sparpolitik der einzelnen Länder gesehen werden; als Reaktion auf die Auswüchse der Liberalisierung und die Übernahme grundlegender Dienste durch private Unternehmen.

Dies bedeutet jedoch weder, dass Rekommunalisierung immer eine hoch politische Angelegenheit sein muss, noch dass sie die Domäne allein einer Seite des politischen Spektrums wäre. Tatsächlich erleben wir, dass Rekommunalisierungsprojekte von PolitikerInnen jeder Couleur umgesetzt werden und überparteilicher Konsens oftmals ein wirksamer Anreiz dafür ist. Die relevante politische Auseinandersetzung findet häufig nicht über Parteien hinweg statt, sondern auf lokaler Ebene, wo sich PolitikerInnen und Behörden mit den täglichen Bedürfnissen der Menschen konfrontiert sehen, sowie der nationalen und europäischen Ebene, die Druck durch Sparpolitik und Budgetkürzungen ausübt.

4 *(Re-)Kommunalisierung ist eine Schlüsselstrategie in Sachen Energieübertragung und Energiedemokratie*

Beim Thema (Re-)Kommunalisierung geht es nicht nur um lokale Probleme und Kommunalpolitik; oftmals geht es auch darum, effektive lokale Antworten auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel zu finden. Der Energiesektor, insbesondere der deutsche, demonstriert diesen Trend. Bei den insgesamt 284 Energie-(Re-)Kommunalisierungsfällen des Landes handelte es sich 166 mal um den Entzug privater Strom-und/oder Netz-Konzessionen und 9 mal um Stromversorgungskonzessionen, die beendet und in die kommunale Hand zurückgeführt wurden. Gleichzeitig wurden 109 neue kommunale Unternehmen (93 Strom-/Gasnetzbetreiber und 16 Versorger) gegründet. Seit der Liberalisierung des deutschen Energiemarktes in den 80er-Jahren, wurde dieser von den „Big Four", den vier Energieriesen des Landes, beherrscht. Als diese in puncto Energiewende versagten und es versäumten, der öffentlichen Forderung

nach einer Umstellung auf erneuerbare Energien nachzukommen, traten neue und rekommunalisierte lokale öffentliche Unternehmen und BürgerInnen-Kooperativen an deren Stelle, um eine Energiewende auf den Weg zu bringen. In Verbindung mit ihrem Versprechen, den vollkommenen Ausstieg aus der Atomenergie zu vollziehen, hat diese Bewegung beachtlichen Schwung aufgenommen und in Sachen Umstieg auf erneuerbare Energien bereits zahllose Erfolge erzielt. Auch im Vereinigten Königreich, dessen Energiemarkt gleich sechs Branchenriesen unter sich aufgeteilt haben, rumort es. Vier neugegründete kommunale Energieunternehmen bieten ihren Gemeinden und insbesondere Familien mit niedrigem Einkommen, die ihre Energierechnungen nur mit Mühe begleichen können, Strom zu bezahlbaren Preisen. Gleich zwei Beispiele hierfür sind Robin Hood Energy in Nottingham und White Rose Energy in Leeds: Zentrales Anliegen beider Unternehmen, die ihre gesamte Arbeit stets am Interesse der KundInnen ausrichten, ist die Bereitstellung ehrlicher Dienstleistung zu nicht-gewinnorientierten Tarifen. Ganz ähnlich verhält es sich mit Our Power in Glasgow, entstanden aus einer Partnerschaft zwischen Verbänden des sozialen Wohnungsbaus und der schottischen Regierung mit dem Ziel, bezahlbare Dienstleistungen zu bieten.

5 *Öffentliche Dienste aus kommunaler Hand sind für die Behörden vor Ort letztendlich günstiger*

Eines der Hauptargumente der BefürworterInnen von Privatisierung und öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPPs) lautet, diese Lösungen seien günstiger und kosteneffizienter als ein Management durch die öffentliche Hand. Die Erfahrung jedoch hat diese Behauptung mehr als einmal widerlegt. Die Beauftragung privater Unternehmen verursacht zusätzliche Kosten durch den umgehenden Transfer von Geldmitteln an Muttergesellschaften und Anteilseigner. Auf dem Gebiet der Infrastruktur führen ÖPPs zu einem hohen Maß an Komplexität, das zweifellos RechtsanwältInnen und WirtschaftsprüferInnen zugutekommt, den einfachen BürgerInnen jedoch nur wenig Wert für sein Geld bietet. Die Erfahrungen vieler Städte haben den Mythos, die kommunale Dienstleistungserbringung sei kostspieliger, als falsch entlarvt. Als Paris seine Wasserversorgung im Jahr 2010 rekommunalisierte, war der neue Betreiber sofort in der Lage, die Kosten um EUR 40 Millionen zu senken – eben jenen Betrag, den der Mutterkonzern Jahr für Jahr aus dem Unternehmen entnommen hatte. In Newcastle konnte die Modernisierung des Signal- und Glasfasersystems für den Bahnverkehr hausintern für rund GBP 11 Millionen (EUR 12,4 Millionen) realisiert werden – gegenüber den etwa GBP 24 Millionen (EUR 27 Millionen), die die Durchführung durch ein Privatunternehmen gekostet hätte. In Bergen (Norwegen), wo man zwei Altenpflegeeinrichtungen wieder unter öffentliche Leitung gestellt hatte, konnte man einen Überschuss von EUR 500.000 verbuchen, während ein Verlust in Höhe von EUR 1 Million erwartet worden war. In Chiclana, Spanien, übernahm man 200 MitarbeiterInnen aus insgesamt drei lokalen Behördendiensten zurück in öffentliche Anstellung; die Gemeinde rechnet nichtsdestotrotz mit Budgeteinsparungen in Höhe von 16 bis 21 Prozent. In León, Spanien, sanken die Kosten für Müllabfuhr- und Reinigungsdienste mit deren Rekommunalisierung von EUR 19,5 Millionen auf EUR 10,5 Millionen im Jahr - während 224 ArbeitnehmerInnen einen Arbeitsvertrag im öffentlichen Dienst erhielten. Kurz gesagt, die Eliminierung von Geldflüssen an private Anteilseigner ermöglicht, Steuergelder

effektiver und für höherwertige öffentliche Dienste einzusetzen.

6 *Rekommunalisierung ist Motor besserer und demokratischerer öffentlicher Dienste*

Selten liegt die Motivation eines Rekommunalisierungsvorhabens allein in der Änderung der Eigentümerstruktur begründet. Antrieb ist in den meisten Fällen der Wunsch, (wieder) bessere öffentliche Dienste einzurichten, von denen alle profitieren. Hierzu gehört die Wiederherstellung eines öffentlichen Ethos, der Zugänglichkeit für alle, bezahlbarer Preise sowie die Sicherstellung von Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber gewählten BeamtInnen und BürgerInnen – anstelle einer ausschließlichen Fokussierung auf die lukrativsten Teile der Aufgabe. Dies ist auch der Grund, warum eine Reihe britischer Städte neue kommunale Energieunternehmen gegründet haben: Man will ohne Aktionäre, Dividenden und Boni wirtschaften und das Hauptaugenmerk wieder darauf richten, den Zugang zu Energie auch für einkommensschwächere Haushalte sicherzustellen. Rekommunalisierte öffentliche Dienste schließen oftmals auch neue Formen der Teilhabe von ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen ein. So treffen etwa die Betreiber der Wasserversorgung von Paris, Grenoble und Montpellier alle relevanten Entscheidungen hinsichtlich Reform und Betrieb der Wasserversorgung gemeinsam mit ihren BürgerInnen. In Norwegen haben sich dreiseitige Kooperationen, bei denen Gewerkschaften, Kommune und LokalpolitikerInnen im Dialog miteinander stehen, um Lösungen für Fragen rund um das Thema Arbeitsplatz zu finden, wiederholt als der richtige Weg erwiesen, die öffentlichen Dienste zu verbessern. Die Demokratisierung der öffentlichen Dienste steht auch im Mittelpunkt der Rekommunalisierungsbewegung in Spanien, die sich im Nachgang der globalen Finanzkrise aus dem Widerstand gegen Zwangsräumungen sowie Wasser- und Stromsperrungen entwickelt hat. Letztlich ist Rekommunalisierung in vielen Fällen ein erster Schritt hin zur Entwicklung der öffentlichen Dienste der Zukunft: nachhaltig und in der lokalen Wirtschaft verankert. Inspiration bieten auch diejenigen europäischen Städte und Gemeinden, die mit ihrer rekommunalisierten Müllentsorgung ein „Zero Waste"-Programm verfolgen oder ihre entsprechenden Schulkantinen zu 100 % mit vor Ort angebauten Bio-Lebensmitteln versorgen.

7 *(Re-)Kommunalisierung bietet 835 weitere Gründe, Handels- und Investitionsschutz-Abkommen zu bekämpfen*

Die 835 Beispiele für (Re-)Kommunalisierungsprojekte, die in den vergangenen Jahren im Bereich der öffentlichen Dienste realisiert wurden, stellen 835 weitere Gründe dar, das Comprehensive Economic Trade Agreement (CETA) zwischen der Europäischen Union und Kanada oder auch andere ähnliche Handels- und Investitionsschutz-Abkommen nicht zu ratifizieren. Der Investitionsschutz, der in den meisten dieser Vereinbarungen enthalten und allgemein als Investitionsschiedsverfahren bekannt ist (ISDS), sorgt dafür, dass Entprivatisierung und Rekommunalisierung in der Tat zu einer teuren Angelegenheit werden, da diese internationalen Abkommen vorrangig dem Schutz der Profite ausländischer Privatinvestoren gelten. Der oben vorgestellte Fall aus Litauen zeigt, wie die Entscheidung einer Stadt, ihre Fernwärmeversorgung zu rekommunalisieren, eine solche Investitionsschiedsklage ausgelöst hat. Bei einem Blick auf die bisherige Anwendung des ISDS-Mechanismus wird

deutlich, dass bereits eine Reihe von Ländern auf Hunderte Millionen Dollar verklagt wurden, nachdem sie entschieden hatten, Privatisierungsprojekte zu beenden, um das öffentliche Interesse zu schützen. In Bulgarien war gar die bloße Androhung von Investitionsschutzklagen genug, Pläne der Regierung, ein Referendum in Bezug auf die Wasserversorgung seiner Hauptstadt Sofia zu organisieren, effektiv zu untergraben. Wird einer ISDS-Klage zugunsten eines Investors stattgegeben, so kommt das Geld dafür aus öffentlichen Haushalten, die durch den Steuerzahler finanziert werden – ein Umstand, der sich negativ auf die Bezahlbarkeit öffentlicher Dienste auswirken und dringend erforderliche Investitionen verzögern könnte. Unsere Untersuchungen haben an den Tag gelegt, dass Entscheidungen, öffentliche Dienste zu entprivatisieren, mindestens 20 internationale Schiedsgerichtsverfahren ausgelöst haben (zehn im Wassersektor, je drei im Energie- und Transportsektor sowie vier im Telekommunikationssektor). Bei Städten weltweit wächst das Bewusstsein, dass das gegenwärtige Handels- und Investitionssystem – und hier insbesondere Elemente wie ISDS – den Raum der Kommunalpolitik, (wieder) die Kontrolle über lokale Dienstleistungen und Ressourcen zu erlangen, empfindlich einschränken. Mit jeder neuen Rekommunalisierung kommt ein weiterer Grund zur Liste der 835 bereits bestehenden Gründe, Investitionsschiedsverfahren abzulehnen, hinzu.

8 *Fazit: NEIN zur Privatisierung – von Anfang an!*

Die gestiegene Anzahl von Rekommunalisierungen spiegelt die Realität, in der zahlreiche Privatisierungsprojekte und ÖPPs die gegebenen Versprechen nicht erfüllen. Rekommunalisierung ist oftmals eine kollektive Reaktion lokaler Behörden und BürgerInnen auf dieses Versagen. In Kapitel 7 des vorliegenden Buches „Reclaiming Public Services" warnt das Europäische Netzwerk zu Schulden und Entwicklung (Eurodad) vor den falschen finanziellen Versprechen öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPPs). Diese Verträge werden Behörden auf lokaler und nationaler Ebene – einschließlich Regierungen der Südhalbkugel – angepriesen als einfacher Weg zur Finanzierung ihrer öffentlichen Infrastruktur, ohne Geld leihen oder das Staatssäckel leeren zu müssen, um die notwendigen Kapitalinvestitionen tätigen zu können. Die AutorInnen zeigen, das ÖPPs tatsächlich eine versteckte Form von Schulden sind und sich für die öffentliche Hand letzten Endes als kostspieliger erweisen. ÖPPs sollen durch ihre Konzeption die Illusion der Bezahlbarkeit erwecken, während sie die wahren Kosten und Verbindlichkeiten verschleiern – so dass Funktionäre sich einfacher überzeugen lassen, in ein Großprojekt einzusteigen, dass nicht notwendigerweise auch den Bedürfnissen ihrer BürgerInnen entspricht. Umgekehrt demonstriert das Beispiel der öffentlichen Klinik in Delhi, dass es möglich ist, kosteneffiziente Lösungen einzuführen, die Zugang zu medizinischer Grundversorgung für alle gewährleistet. Eine weitere Lehre, die aus der internationalen Erfahrung zu ziehen ist: Änderungen an oder gar der Ausstieg aus privatrechtlichen Verträgen gestalten sich oftmals unglaublich schwierig. Ist ein solcher Vertrag erst einmal unterzeichnet, sind private Versorger in der Lage, Vertragsbedingungen einzufrieren – nachträgliche Änderungen jedweder Art sind dann mit immensen Kosten für die öffentliche Hand verbunden. Geht es um die Aufkündigung eines Vertrags – oder auch nur darum, dass ein auslaufender Vertrag nicht verlängert bzw. erneuert werden soll –, sehen sich kommunale und nationale Behörden oftmals mit einem schwierigen und kostspieligen Rechtsstreit konfrontiert.

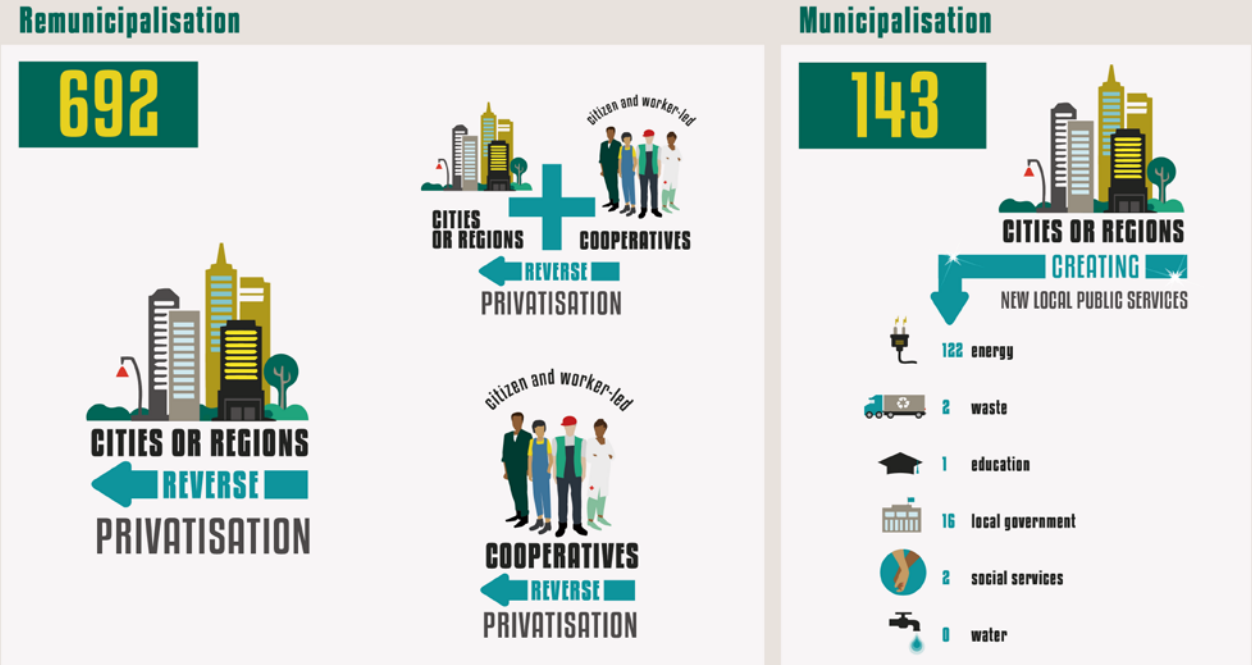
9 *(Re-)Kommunalisierung bietet Chancen für neue, diversifizierte, demokratische Eigentumsverhältnisse*

Öffentliche Dienste sind nicht per se perfekt, nur weil die öffentliche Hand der Träger ist. Auch für öffentliche Dienste besteht die Notwendigkeit kontinuierlicher Verbesserung und Erneuerung ihres Engagements für die Gesellschaft. Bei etwas weiter gefassten Definition des Begriffs öffentlich, erkennen wir eine breitere Palette von Entprivatisierungsinitiativen. Oftmals bieten gerade Rekommunalisierung und die Einrichtung neuer öffentlicher Unternehmen die Chance, das Engagement für die Öffentlichkeit zu stärken und Raum für diverse Akteure zu schaffen, die unterstützend an der Bereitstellung öffentlicher Dienste mitwirken. Ein solcher Ansatz geht über die klassische öffentliche Trägerschaft hinaus und schließt eine Vielzahl unterschiedlicher neuer Modelle ein: kommunale Energieunternehmen, die mit kommunalen Trägern kooperieren (wie beispielsweise in Hamburg und Bristol), interkommunale Organisationen und Netzwerke (wie etwa im Rahmen der Wasserversorgung in Frankreich und Spanien), lokale Unternehmen für die Erbringung öffentlicher Dienste, deren MitarbeiterInnen zugleich MitinhaberInnen sind (wie bei dem Wasserversorger in Buenos Aires), NutzerInnen (Beispiel Windpark Middelgrunden in Kopenhagen), voll lizenzierte BürgerInnen-Kooperativen als Dienstleister (wie auf Kauai Island und in Minnesota, USA), Partnerschaften mit Kommunalbehörden (siehe Glasgow, Schottland) und so weiter. All diese Beispiele stehen bereit als Mustervorlagen für die mögliche Ausgestaltung öffentlicher Trägerschaften der nächsten Generation. Das starke Drängen auf Rekommunalisierung in Katalonien ist nicht zuletzt gestützt auf eine BürgerInnenbewegung, die in einer Rückkehr zu öffentlichem Management lediglich einen ersten Schritt auf dem Weg hin zu einer demokratischen, auf ziviler Beteiligung basierenden Verwaltung öffentlicher Dienste sieht. Die Stadt Terrassa rekommunalisierte ihre Wasserversorgung im Jahr 2016 und die zivile Plattform dahinter wirkt auch weiterhin an der Konzeption der neuen öffentlichen Wasserversorgung mit. Die zivile Plattform sowie einige Stadträte beriefen das BürgerInnen-Parlament von Terrassa ein und billigten die Einreichung zweier Gesuche beim Stadtrat, die gewährleisten sollen, dass die Wiederherstellung einer öffentlichen Wasserversorgung in Terrassa auch ein Schritt ist in Richtung eines Wassermanagements, das Wasser als Gemeingut betrachtet. Der Erfolg des Rekommunalisierungsprojekts von Terrassa sowie die Einführung eines neuen Managementmodells mit echter BürgerInnenbeteiligung werden zahlreichen anderen Städten in Katalonien und Spanien als wichtige Speerspitze dienen.

10 *Rekommunalisierende Städte und BürgerInnengruppen kooperieren und bilden Netzwerke*

Rekommunalisierungsvorhaben zeigen zudem immer wieder, dass Stadt und lokale Gruppen nicht alleine dastehen mit ihrem Wunsch, effektive, zukunftsorientierte, demokratische öffentliche Dienste aufzubauen. Erfahrungen in Bezug auf erfolgreiche Rekommunalisierungsprojekte inspirieren wieder andere Kommunalbehörden und erleichtern es ihnen, diesen Beispielen zu folgen. Wir erleben, wie Städte und Gruppen auf Sektor-, Landes-, europäischer und internationaler Ebene ihre Kräfte bündeln, um gemeinsam ein Gegengewicht zu bilden und dem Einfluss sowie dem Blockadeverhalten von Großkonzernen und Zentralregierungen wirksam etwas entgegenzusetzen.

(Re)municipalisation: returning and creating local public services



Öffentlich-öffentliche Partnerschaften florieren in all ihrer Vielfalt. Wir erkennen dies daran, wie Kommunen und BürgerInnen in Deutschland und darüber hinaus den Schulterschluss vollzogen haben, um auf eine echte Energiewende zu drängen. Das neue kommunale Energieunternehmen von Nottingham katalysierte ähnliche Erfahrungen in andere Städten, was schließlich in einer erfolgreichen Partnerschaft mündete. Die französischen und katalanischen Netzwerke öffentlicher Wasserversorger legen ihren Ressourcen und Kompetenzen zusammen und gehen die Herausforderungen der Rekommunalisierung gemeinsam an. Mehr als 200 norwegische Gemeinden praktizieren eine lokale dreiseitige Kooperation mit Gewerkschaften, um öffentliche Dienste effizient und demokratisch zu gestalten. Europaweit haben sich mehr als 200 Städte im Widerstand gegen das zwischen Europa und den USA geplante Freihandelsabkommen TTIP sowie ähnliche auf Liberaliserungs- und Privatisierungspolitik beruhende Abkommen zusammengeschlossen. Die progressive Koalition "Barcelona en Comú" sowie zahlreiche verbundene Koalitionen in Spanien haben eine globale, „munizipalistische" Vision zum Ausdruck gebracht, innerhalb derer sie diverse Formen direkter partizipatorischer Demokratie praktizieren und pragmatisch an Lösungen für globale Herausforderungen arbeiten. Das Wiederaufleben der (Re-)Kommunalisierung stellt ein wichtiges Fenster dar, das BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen die Chance bietet, die demokratische Kontrolle, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte durch Privatisierung ausgehöhlt wurde, nun wiederzuerlangen. Es mehren sich die Belege dafür, dass die Menschen in der Lage sind, öffentliche Dienste in die öffentliche Hand zurückzuholen und eine neue Generation öffentlicher Trägerschaften einzuläuten. Glücklicherweise nimmt dieser Trend an Fahrt auf, Dank der diversen Bewegungen und Akteure, die sich an- und zusammenschließen, um positive Veränderungen für unsere Gemeinschaften zu bewirken.

[1] Mit dem Begriff „Rekommunalisierung" beziehen wir uns auf den Prozess, ehemals private oder privatisierte Dienste auf lokaler Ebene wieder unter öffentliche Kontrolle und Verwaltung zu bringen. Uns ist bewusst, dass dieser Begriff als solcher nicht in allen Fällen gänzlich adäquat ist, da die in die öffentliche Hand zurückgeführten Dienste in manchen Fällen seit jeher unter privater Kontrolle standen oder zuvor noch gar nicht existierten. In diesen Fällen wäre der Begriff „Kommunalisierung" treffender. Der Terminus „(Re-)Kommunalisierung" deckt beide Umstände ab. Darüber hinaus gibt es auch Beispiele für öffentliche Dienste, die auf nationaler Ebene entprivatisiert wurden. Wir behandeln solche „Renationalisierungen" separat, um den Fokus auf lokale Aktionen zu legen, und weil einige Formen der Renationalisierung (beispielsweise wenn diese der Zentralisierung von Macht oder der temporären Rettung angeschlagener Privatunternehmen dient) nicht in den Umfang unserer Untersuchung fallen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Beispiele für BürgerInnen und NutzerInnen, die sich als engagierte Vorkämpfer dafür einsetzen, essenzielle Dienste aus der Hand kommerzieller Träger zu nehmen und sie für ihre Gemeinschaften auf nichtgewinnorientierter Basis zu erbringen. Nach unserem Verständnis handelt es sich auch bei diesen Fällen um (Re-)Kommunalisierungsprojekte – insofern, da sie auf die Werte des öffentlichen Dienstes und nichtkommerzielle Ziele ausgerichtet sind. Der Begriff „Entprivatisierung" dient uns somit als Sammelbegriff für (Re-)Kommunalisierung, Renationalisierung und bürgerInneninitiierte Rückführungen öffentlicher Dienste in die öffentliche Hand – drei Ansätze, die allesamt darauf abzielen, die Begleiterscheinungen der Privatisierung zu bekämpfen.

Kontakt: Transnational Institute +31 20 662 6608, www.tni.org
Lavinia Steinfort< l.steinfort@tni.org> und Satoko Kishimoto satoko@tni.org

Über TNI: The Transnational Institute (TNI) ist ein internationales Forschungs- und Fürspracheinstitut , das sich dem Aufbau einer gerechten, demokratischen und nachhaltigen Weltgesellschaft verschrieben hat. Seit mehr als 40 Jahren dient TNI als Verbindungspunkt zwischen sozialen Bewegungen, engagierten WissenschaftlerInnen und politischen Entscheidungsträgern.